

## Antrag „Corona-Budget Landkreis Göttingen“

An den  
Landkreis Göttingen  
Ref. Demografie + Sozialplanung  
Reinhäuser Landstr. 4  
37083 Göttingen  
[Corona-Budget@landkreisgoettingen.de](mailto:Corona-Budget@landkreisgoettingen.de)

**HINWEIS: Alle mit \* gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder.**

### 1. Basisdaten

Name, Vorname\*

Geschlecht

männlich

weiblich

divers

Beruf\*

Anschrift\*

E-Mail-Adresse\*

Telefonnummer\*

**Name der gemeinnützigen Organisation / Solo-Selbstständigen\***

**Beschreibung des Tätigkeitsfeldes / Vereinszwecks\***

**2. Beschreiben Sie Ihre wirtschaftliche Notlage vom 16. März 2020 bis zur Antragstellung:\***

Begründen Sie, warum und in welchem Umfang Sie durch die Corona-Pandemie existenziell bedroht sind. Stellen Sie dar, welche Veränderungen im Vergleich zu den Vormonaten bzw. dem Vorjahr eingetreten sind (z. B. Lieferantenbeziehungen, veränderte Kundennachfrage, Betroffenheit durch gesetzliche Rahmenbedingungen, besondere Belastungen / Einnahmeausfällen durch zusätzliche Sorgearbeit). Welche Maßnahmen haben Sie schon ergriffen, um die existenzbedrohende Situation zu verbessern?

**3. Entfallene Einnahmen:\***

Bitte listen Sie die entfallenen Einnahmen wie oben beschrieben im Einzelnen auf.

**4. Tragen Sie hier die Gesamtsumme entgangener Einnahmen und Ihre Kontodaten ein:**

Hinweis: Es werden maximal bis zu 2.000 Euro einmalig pro Antragsteller\*in/ Verein ausgezahlt.  
Wenn die Gesamtsumme 2.000 Euro überschreitet, sind maximal 2.000 Euro förderfähig.

**Gesamtsumme\***  
(Förderbedarf)

Kontoinhaber\*in\*

IBAN\*

**5. Erklärung (Bitte Zutreffendes ankreuzen)**

- Ich versichere, dass ich durch die Covid-19-Pandemie in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten bin. Als **Solo-Selbstständige/r** ist meine Existenz bedroht. Meine fortlaufenden Einkünfte reichen voraussichtlich nicht aus, um die sich auf meine Tätigkeit als Solo-Selbstständige/r beziehenden Kosten und Verbindlichkeiten der folgenden drei Monate zu begleichen. Ich erkläre, dass bislang noch kein Insolvenzverfahren für mich als Freiberufler\*in beantragt oder eröffnet worden ist oder die Verpflichtung zur Abgabe einer Vermögensauskunft besteht.
- Ich versichere, dass meine **gemeinnützige Organisation** durch die Covid-19-Pandemie in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten ist, jedoch nicht von Insolvenz bedroht ist. Ich erkläre, dass bislang noch kein Insolvenzverfahren für die antragstellende Organisation beantragt oder eröffnet worden ist oder die Verpflichtung zur Abgabe einer Vermögensauskunft besteht.
- Ich versichere, dass ich **weder Mittel des Landes Niedersachsen** (Soforthilfe, NBank; KfW-Kredite) **noch der Stadt Göttingen** (Corona-Hilfsfonds) im Rahmen der Covid-19-Pandemie bekommen bzw. beantragt habe.
- Ich versichere außerdem, dass ich zurzeit **keine Sozialhilfe** (SGB-II) empfangе oder beantragt habe.
- Ich versichere, dass ich die Förderung im Falle einer Bewilligung **zweckgebunden** für die Überbrückung des durch die Corona-Pandemie entstandenen Liquiditätsengpasses verwende.
- Ich nehme zur Kenntnis, dass im Falle einer Überkompensation der zu viel erhaltene Zuschuss zurückzuzahlen ist.
- Ich stimme zu, dass meine Angaben aus dem Kontaktformular zur Bearbeitung meiner Anfrage erhoben und verarbeitet werden. Die Mitteilung personenbezogener Daten wird allein zum Zweck der Bearbeitung Ihrer Anfrage oder Beschwerde verarbeitet. Umgang mit Nutzerdaten finden Sie in unserer [Datenschutzerklärung](#).
- Ich habe folgende **Nachweise** per E-Mail als PDF oder per Post beigelegt: Bescheinigung als gemeinnützige Organisation oder Gewerbeschein

Ich versichere, dass ich alle Angaben wahrheitsgetreu und nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe. **Wissentliche Falschangaben sind strafbar und werden verfolgt!**<sup>1</sup>

Ort, Datum

Unterschrift

---

<sup>1</sup> Mir ist bekannt, dass alle in diesem Antrag (inklusive dieser Erklärungen) anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Mir ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes (SubvG) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist. Mir sind auch die nach § 3 SubvG bestehenden Mitteilungspflichten bekannt, wonach unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen sind, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen einer Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Es wird darauf hingewiesen, dass nachträgliche Änderungen zu Angaben, die in diesem Antrag als subventionserhebliche Tatsachen bezeichnet werden, ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB sind.